

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

13. Jahrgang.

Mittwoch, 28 Juni 1933

Nr. 149.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Druck u. Verwaltung: Drag II, Petřínka 15 • Tel. 26795, 31409, Nachred. (ab 21 Uhr): 33556 • Postbes. 37544

Nazispitzel in Prag.

Die Nachricht von einer angeblichen Verlegung des Parteivorstandes der SPD. nach Prag hat offenbar die Polizei des Dritten Reiches einigermaßen in Aufregung versetzt, und es ist daher seit mehreren Tagen eine bedeutende Zunahme der Spionagetätigkeit in Prag festzustellen. So hat insbesondere ein bekannter Berliner Polizeispitzel Paul L., der vorzugsweise in kommunistischen Kreisen zu „arbeiten“ pflegte, Prag aufgesucht. Man hat ihm aus Vorsichtsgründen unrichtige Angaben in die Hände gespielt. Inzwischen hat aber die Polizei ihr Augenmerk auf diesen eigenartigen Besucher gelenkt, seiner weiteren Praxis dürfte damit wohl ein Riegel vorgeschoben sein.

Das gleiche gilt von zwei jungen Leuten, die in der Flüchtlingsfürsorge erschienen und sich durch Geldspenden und Zigarettenverteilung einzuführen suchten. Recherchen haben ergeben, daß sie es lediglich auf Ausstufungen abgesehen hatten, ja mit der Absicht hier aufgetaucht sind, Provokationen herbeizuführen, die eventuell den Emigranten das Leben hier politisch erschweren könnten. Die deutschen Emigranten sind politisch zu geschult, um auf solches Kuckertum hereinzufallen, aber trotzdem scheint eine öffentliche Warnung vor derartigen unfauleren Elementen dringend am Platze zu sein.

Das christliche Gewerkschaftsorgan gestohlen!

Berlin, 27. Juni. Die Tageszeitung „Der Deutsche“, früher das Organ Stegerwalds, des Führers der christlichen Gewerkschaften, wird ab 1. Juli 1933 als Zentralblatt der deutschen Arbeitsfront unter der Herausgeberschaft des Führers der deutschen Arbeitsfront, Dr. Leh, erscheinen.

Auch Stahlhelmfelder werden enteignet!

Nach einer Meldung des Zeitungsdienstes hat der Führer der deutschen Arbeitsfront eine Anordnung erlassen, in der auf Grund der Unterstellung des Stahlhelms unter dem Führer der NSDAP Adolf Hitler die Übernahme der Stahlhelm-Selbsthilfe durch die Stellen der NSDAP angeordnet und die Einordnung der Stahlhelm-Selbsthilfe in die deutsche Arbeitsfront befohlen wird.

Anrufung des Staatsgerichtshofes durch den Berliner Oberkirchenrat.

Berlin, 27. Juni. Der des Amtes enthobene ehemalige Oberkirchenrat in Berlin hat wegen der vom preußischen Kultusminister und seinen Kommissaren getroffenen Anordnungen für die evangelischen Kirchen der altpreussischen Union Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig eingereicht.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß trotz dem Uebereinkommen, das zwischen dem Bischof von Speyer und dem Delegierten der nationalsozialistischen Partei erzielt wurde, heute neuerdings zwei Priester in der Pfalz verhaftet wurden.

Auch die Mandate der Staatspartei erloschen.

Berlin, 27. Juni. Wie das D.D.Z.-Büro meldet, werden durch die Annullierung der sozialdemokratischen Reichstagsmandate auch die Mandate der Staatspartei in Mitleidenschaft gezogen, da die Staatspartei im Reichstag und Preußenslandtag infolge des getrockneten Wahlkommens auf Grund sozialdemokratischer Wahlvorschlüge gewählt wurden. Die drei Staatspartei im preußischen Landtag haben bereits die Verständigung erhalten, daß ihre Mandate erloschen sind. Die fünf staatsparteilichen Reichstagsabgeordneten werden zweifellos dasselbe Schicksal teilen.

150 Gemeindeangestellte müssen Hakenkreuzlern weichen!

Ludwigshafen, 27. Juni. Der Bürgermeister und sein Stellvertreter wurden ihrer Ämter enthoben und in Schutzhaft genommen. Der Führer der nationalsozialistischen Lokalorganisation beschloß, 150 Gemeindeangestellten zu kündigen, die durch Nationalsozialisten ersetzt werden sollen.

Ein wohlverdientes Schicksal:

Demission Hugenbergs

Entscheidung des Reichspräsidenten noch nicht gefallen.

Berlin, 27. Juni. Wie das Conti-Büro meldet, hat der deutsch-nationale Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg heute nachmittag dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Die Entscheidung des Reichspräsidenten, der auf seinem Gut in Reudetal weilt, ist erst für morgen zu erwarten. Staatssekretär Reihner wird heute abends zum Vortrag beim Reichspräsidenten nach Reudetal fahren.

Wie das Conti-Büro weiter meldet, steht die Selbstauflösung der Deutschnationalen Front, wie die deutsch-nationale Partei in der letzten Zeit hieß, unmittelbar bevor.

Offenbar will Hugenberg der Schande zuvorkommen, sich seine Partei von denselben Datzburger Bundesgenossen verbieten zu lassen, die er in unglaublicher Verblendung in den letzten Jännertagen selbst in den Sattel gehoben hat.

Eine Abordnung des engeren Parteivorstandes der Deutschnationalen Front sprach abends in der Reichskanzlei vor, um über die Frage der Auflösung der Deutschnationalen Front mit führenden Persönlichkeiten der NSDAP-Führung zu nehmen.

Selbstauflösung der Hugenbergpartei

Die Mandate der Führer gerettet!

Berlin, 27. Juni. (Conti.) Die Reichspressestelle der NSDAP teilt gegen Mitternacht mit:

„In vollem Einkommen mit dem Reichskanzler und in Erkenntnis der Tatsache, daß der Parteienstaat überwunden ist, hat die Deutsch-nationale Front heute ihre Auflösung beschlossen. Sie wird bei den nötigen Maßnahmen zur Abwicklung nicht behindert werden.“

Die ehemaligen Angehörigen der Deutschnationalen Front werden vom Reichskanzler als volle und gleichberechtigte Mitkämpfer des nationalen Deutschland anerkannt und vor jeder Kränkung und Zurücksetzung geschützt; das gilt insbesondere für alle Beamten und Angestellten. Die wegen politischer Vergehen in Haft befindlichen ehemaligen Mitglieder der

Deutschnationalen Front werden unverzüglich in Freiheit gesetzt und unterliegen keinerlei nachträglicher Verfolgung.

Die Fraktionen des Reichstages und der Landtage der NSDAP und der bisherigen Deutschnationalen Front sichern eine einheitliche Stellungnahme durch Abordnung von einem oder mehreren Mitgliedern der ehemaligen Deutschnationalen Front in die Vorstände der Fraktionen der NSDAP. (Reichstag und preußischer Landtag je zwei). Sinngemäß wird in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern verfahren.

Vorliegendes ist vom Herrn Reichskanzler unterzeichnet sowie von den Herren von Winterfeldt, Freiherrn von Freytag-Loringhoven und Dr. Poenigen als Vertreter der vormaligen Deutschnationalen Front.“

Abrüstungskonferenz bis Oktober vertagt.

Genf, 27. Juni. In einer kurzen Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz wurde beschlossen, daß in der am Donnerstag stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses der Konferenz vorsitzende Henderson den Antrag auf Vertagung der Beratungen des Hauptausschusses bis zum 16. Oktober stellen wird. Bis zu dieser Zeit würde der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz zu Verhandlungen mit den Delegationsführern über die den englischen Abrüstungsplan betreffenden Hauptprobleme beauftragt werden, über die weder in London noch in Paris etwas Bestimmtes vereinbart werden konnte.

Im Büro der Konferenz machte außer dem deutschen Botschafter Nabolny niemand Einwendungen gegen eine Vertagung; es ist demnach wahrscheinlich, daß der Antrag Hendersons im Hauptausschusse günstig aufgenommen werden wird. Im Bedarfsfalle wird im Juli oder während der Völkerverammlung eine Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz einberufen werden.

In privaten Unterredungen mit den Delegierten sprach sich der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz Henderson sehr pessimistisch über die Aussichten eines günstigen Abschlusses der Abrüstungsberatungen aus.

Maulkorb für die preussischen Beamten.

Jede Kritik als „Miesmacherei“ verboten / Denunziantentum Pflicht!

Berlin, 27. Juni. Wie der Antifische Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Göring an die nachgeordneten Behörden seines Amtsgebietes folgenden Rundschreiben gerichtet:

„Es ist beobachtet worden, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Unterhaltung mit anderen Personen Meinungen bekunden, die geeignet sind, Unzufriedenheit über die von der nationalen Regierung getroffenen Maßnahmen zu erzeugen und Mißtrauen unter die Bevölkerung zu säen. Es handelt sich um Personen, die man mit dem Ausdruck „Miesmacherei“ treffend kennzeichnen kann. Ich

ordne allen Beamten, Angestellten und Arbeitern an, daß künftig in derartigen Methoden eine Fortsetzung der marxistischen Hehe erblidet wird. Miesmacher sind daher als verkappte Marxisten anzusehen, die sich auf diese Weise noch immer im marxistischen Sinne betätigen. Ich erwarte alle, denen Personaldienstpflichtigkeiten obliegen, auf diese Fälle genau zu achten und mir sofort die betreffenden Personen unverzüglich namhaft zu machen. Ein Unterlassen dieser Anzeigen werde ich als eine betonte Solidaritätserklärung mit solchen Hehern betrachten müssen.“

Zwangsarbeit gegen Arbeitsmangel?

Es scheint wirklich, daß unseren Reaktionen jeder dumme Einfall gerade gut genug ist, um mit ihm ihre „Politik“ zu machen. Anders könnte man das Vorgehen der Zentrale der Handels- und Gewerbestammern gar nicht verstehen, die eben dem Ministerium für soziale Fürsorge ihr Gutachten über die Nobellisierung der Arbeitslosenfürsorge übermittelt haben und dort neben mancherlei anderen Lebenswürdigkeiten die Einführung der Arbeitspflicht als Gegenleistung für die ausbezahlte Unterstützung fordern.

Schon die Forderung an sich ist eine unerhörte Verleumdung der Arbeiterklasse und kann gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Bedeutet sie doch nicht mehr und nicht weniger als die Unterstellung, daß der Großteil, wenn nicht alle Arbeitslosen arbeitsscheue Elemente seien, die man zur Arbeit erst zwingen müsse. Nicht deshalb gibt es so viele Arbeitslose in der Welt, weil die von den Handelskammern verteidigte und gestützte kapitalistische Wirtschaftsordnung vollständig versagt und aus der Weltwirtschaft ein Chaos gemacht hat, sondern deshalb, weil diese Arbeitslosen nicht arbeiten wollen! Man weiß wirklich nicht, was man da mehr bewundern soll, ob die Unverschämtheit oder die Naivität, mit der hier ein paar tolle Unternehmerrindici der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen wollen. Jeder, der sich einigermaßen im Arbeiterleben auskennt, weiß, wie sehnsüchtig so ein Familienvater nach Arbeit sucht, wie er sich die Beine abläuft, um irgendwo auch nur eine Gelegenheitsarbeit zu finden. Es gibt keine Arbeit und sogar die Saisonarbeiter werden immer spärlicher. Und diesen Zustand soll nach Ansicht der Handelskammerzentrale, also einer halbamtlichen Körperschaft, wo doch immerhin ernste Menschen sitzen, die etwas von der Volkswirtschaft verstehen sollten, die Arbeitspflicht beseitigen. Könnte uns vielleicht einer der Herren Doktoren sagen, wie er denn mit der Arbeitspflicht das vorhandene Arbeitsquantum auch nur um ein Jota vergrößern will?

Die Kammerzentrale sagt, daß die Arbeitslosen öffentliche Arbeiten leisten sollen. Nun wird es den Herren vielleicht doch nicht ganz entgangen sein, daß es gerade die Vertreter der Arbeiterklasse in der Regierung, im Parlament und in den Selbstverwaltungskörpern sind, die am meisten nach der Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten rufen. Wie oft haben wir in unserer Presse die verheerenden Wirkungen der Gemeindefinanzgesetze beklagt, welche die Investitionstätigkeit der Selbstverwaltung nahezu vollständig gedrosselt haben! Wie lange haben unsere Vertreter im Parlament nach der Arbeitsanleihe geurufen, um so die notwendigen Mittel für öffentliche Investitionsarbeiten zu gewinnen! Wäre es den Herren von der Kammerzentrale gar so ernst mit den öffentlichen Arbeiten, so hätten sie zum mindesten auf ihre Mitglieder einen größeren Einfluß ausüben müssen, daß sie sich etwas mehr an der Zeichnung der Arbeitsanleihe beteiligen hätten.

So, wie die Dinge heute liegen, ist es gerade der katastrophale Geldmangel, der die Vergabe öffentlicher Arbeiten hemmt. Im „Präso lidu“ hat dieser Tage Abg. Genosse Jug. Kečas auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und besonders darauf, daß ein Betrag von 60 Millionen Kronen genügen würde, um den Gehenden von 5000 Gemeinden zu entsprechen, die beim Ministerium für soziale Fürsorge um Beiträge zur produktiven Arbeitslosenfürsorge eingebracht wurden. Nicht einmal diese 60 Millionen Kronen aber stehen zur Verfügung! Womit also soll die viel weitergehende Arbeitspflicht finanziert werden? Glauben die Herren von der Kammerzentrale

